



**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Frau Lohmann

Telefon: (0221) 221-24954

Fax: (0221) 221-28650

E-Mail: petra.lohmann@stadt-koeln.de

Datum: 09.01.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 11.12.2012, 14:10 Uhr bis 15:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Dr. Ralf Heinen SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Renate Blum-Maurice	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Bröhl	CDU (in Vertretung für Herrn Kienitz)
Frau Kirsten Jahn	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Monika Kleine	Sozialdienst katholischer Frauen
Frau Christine Kupferer	Sportjugend Köln
Frau Sylvia Laufenberg	FDP
Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Anja Ritzen	SJD Die Falken
Herr Wolfgang Scheiblich	Sozialdienst katholischer Männer (in Vertretung für Herrn Krücker / Caritas)
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Gabriele Schlitt	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Gisela Stahlhofen	Fraktion Die Linke.
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretende, stimmberechtigte Mitglieder

Herr Daniel Nott	FDP (in Vertretung für Frau Laufenberg)
Herr Stephan Pohl	CDU (in Vertretung für Herrn Dr. Schlieben)

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

./.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Hans-Josef Bauer	CDU
Herr Armin Dappen	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Ingrid Hack	SPD
Herr Biber Happe	FDP
Herr Oswald Pannes	Fraktion Die Linke.
Frau Doris Rost	Pro Köln
Herr Karel junior Schiele	Pro Köln (in Vertretung für Frau Rost)
Herr Paul Spörl	FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Irma Meder	entsandt von der Seniorenvertretung der Stadt Köln (in Vertretung für Frau Klein)
Frau Dagmar Ziege	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (in Vertretung für Herrn Haas)

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe mit beratender Stimme

Herr Ulrich Bergmann	Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Konrad Gilges	AK für das ausländische Kind e.V.
Frau Kristin Goetze	Kölner Jugendring e.V. (in Vertretung für Frau van Dawen)
Frau Almut Gross	Jugendhilfe Köln e.V.
Herr Andreas Hildebrand	Kath. Jugendwerke e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz	Kölner Spielewerkstatt e.V. (in Vertretung für Herrn Schäfer-Remmele / Theaterpädagogisches Zentrum)
Frau Christiane Lehmann	Handwerkerinnenhaus Köln e.V. (in Vertretung für Frau Mahr / Mädchenhaus Köln)

Frau Monika Reisinger	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V. (MCD / HKS) (in Vertretung für Frau Wöhler)
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Jochen Sander-von der Meden	Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung
Herr Hans-Josef Saxler	Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Herr Fabian Stettes	Kath. Jugendwerke e.V. (in Vertretung für Herrn Hildebrand)
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Herr Wolfgang Wirtz	Evangelische Familienbildungsstätte

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Carolin Krause

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold	Ev. Kirchengemeinde (in Vertretung für Herrn Pfarrer Völker)
Frau Mathilde Magna Becker	Bezirksregierung Köln als Vertreter der Schulen
Frau Anja Daub	Bundesagentur für Arbeit
Herr Georg Spitzley	Kath. Kirchengemeinde
Herr Pfarrer Werner Völker	Ev. Kirchengemeinde
Herr Wolfgang Wendelmann	Polizeipräsidium Köln
Herr Josef Zimmermann	Kath. Kirchengemeinde (in Vertretung für Herrn Spitzley)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten:

Herr Thomas Haas	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Marianna Seyda	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Jörg Uckermann	Pro Köln

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Ausschussmitglieder, die Besucher und die Presse.

Mit dem vorgegebenen Text verpflichtet er

Frau Kristin Goetze,
Frau Christine Kupferer,
Frau Irma Meder,
Frau Monika Reisinger,
Herrn Karel junior Schiele und
Frau Dagmar Ziege.

Der Ausschussvorsitzende macht auf die ausliegenden Anlagen zu **TOP 3.1** und die Anwesenheit Frau Göttgens (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) für Fragen zu diesem TOP aufmerksam.

Zu **TOP 8.4** verweist Herr Dr. Heinen auf Herr Reifenberg als Vertreter der städtischen Gebäudewirtschaft, der während der Sitzung für Fragen zu dieser Vorlage zur Verfügung stehen werde.

Er weist auf die Bitte der Verwaltung hin, **TOP 1.2** („Genehmigung der **Niederschrift** über die letzte Sitzung“) von der Tagesordnung zu streichen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt daraufhin hierzu, dass die Niederschrift mit Unterschrift von Schriftführerin/Schriftführer, Beigeordneter/Beigeordnetem, sowie Ausschussvorsitzender/Ausschussvorsitzendem gültig sei und als öffentliche Urkunde im Sinne der §§ 415, 417 und 418 ZPO nicht mehr geändert werden könne. Zweifel an der Richtigkeit oder Vollständigkeit der Niederschrift können im Wege eines konkreten Antrages in der nächsten Sitzung formuliert werden, der dann zur Beschlussfassung gestellt wird. Eine „Genehmigung“ der letzten Niederschrift im Rahmen eines standardmäßigen Tagesordnungspunktes sei damit nicht haltbar.

Herr Dr. Heinen teilt in diesem Zusammenhang mit, dass der **Umdruck** der Niederschrift über die letzte Sitzung am 06.11.2012 aufgrund der Vielzahl der Sitzungsvorlagen noch nicht stattfinden konnte, jedoch im Laufe dieser Woche veranlasst werde.

Unter TOP A bietet die Verwaltung eine Präsentation zur „Evaluation Streetwork“ an. Nach Rücksprache mit diversen Ausschussmitgliedern ist diese ausdrücklich gewünscht.

Die Beratungsergebnisse der **vorberatenden Gremien** liegen zu TOP 6.1, 8.1, 8.2, 8.3 und 8.4 aus.

Weiterhin wurden folgende Vorlagen als **Tischvorlage** ausgeteilt: 2.3, 2.4, 3.14, 3.15, 8.4.

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Dr. Heinen, noch folgende Punkte in die Tagesordnung aufzunehmen: A, 2.1 bis 2.4, 3.9 bis 3.15 und 8.4.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Präsentation zur "Evaluation Streetwork" (zur Beschlussvorlage 1199/2012 als TOP 8.1)

1.1 Benennung der Stimmzähler

1.2 Genehmigung der Niederschrift über die letzte Sitzung

1.3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

1.4 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Tag der Jugend im Rathaus 2012
zu 3555/2012
(Resultierend aus einer Frage des Caritasverbandes i.R.d. TOP 3.8 in der Sitzung 06.11.2012.)

4242/2012

2.2 Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.11.2012; TOP 7.1;
hier: Zweckgebundene Spende für den Spielplatz im Forstbotanischen Garten
(Resultierend aus einer Frage der CDU-Fraktion.)

4438/2012

2.3 Förderung von freien Trägern der Jugendhilfe
hier: TOP 9.3 der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.11.2012
mündliche Anfrage von Frau Stahlhofen
(Resultierend aus einer Frage der Fraktion Die Linke.)

4296/2012

2.4 Anfrage von Herrn Dr. Schlieben in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.11.2012 zur finanziellen und personellen Situation im Spielplatzbereich
(Resultierend aus einer Frage der CDU-Fraktion i.R.d. TOP 9.1 in der Sitzung 06.11.2012)

4431/2012

3 Mitteilungen

3.1 Weiterentwicklung des Integrierten Handlungsprogramms Kalk Nord 2012+ der Montag Stiftung Urbane Räume gAG

3724/2012

- 3.2 Kooperationsprojekt zwischen dem Amt für Kinder, Jugend und Familie (Bezirksjugendpflege Nippes) und dem Sportamt (Netzwerk Sport und Bewegung Nippes/ Sport in Metropolen) im dritten Jahr erfolgreich im Nippeser Tälchen
4123/2012
- 3.3 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen: Aktueller Stand zur Entwicklung „Regionaler Unterstützungszentren“
4167/2012
- 3.4 Bestellung eines neuen stimmberechtigten Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses und dessen Vertretung
4239/2012
- 3.5 Bestellung eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
4243/2012
- 3.6 Bestellung eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
4246/2012
- 3.7 Übertragung einer Kita-Trägerschaft (VEP-Plangebiet "Östlich Vinzenzallee in Köln-Lövenich")
4168/2012
- 3.8 Durchführung der Heilpädagogischen Förderung von Schulkindern im interdisziplinärem Rahmen
4186/2012
- 3.9 Aktueller Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes zum III. Quartal 2012
4143/2012
- 3.10 Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung "Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen" (2012 - 2015) gem. § 3 Abs. 4 KKG – Bundeskinderschutzgesetz (BKISchG) in Nordrhein- Westfalen
4267/2012
- 3.11 Erziehungshilfeangebote - Martin Luther Haus und Axenfeldhaus in Köln Porz
4237/2012
- 3.12 Kulturelle Bildung in Köln
3117/2012

- 3.13 Bildungslandschaft Altstadt Nord, Sachstandsbericht
4190/2012
- 3.14 Rücktritt eines sachkundigen Einwohners aus dem Jugendhilfeausschuss
4485/2012
- 3.15 Investive U3 Förderung im Jahr 2012 - aktueller Sachstand
4415/2012

- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
 - 4.1 Frühere Anträge
 - 4.2 Neue Anträge

- 5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
 - 5.1 Frühere Anfragen
 - 5.2 Neue Anfragen

- 6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
 - 6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Erdmännchen e.V."
3568/2012
 - 6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Väter in Köln e.V."
3828/2012
 - 6.3 "Zuschuss Familienhaus Buchforst - Sommerberg" und "Zuschuss Familien- und Nachbarschaftstreff - Ossendorfpark"
3668/2012
 - 6.4 Einmalige Liquiditätsmittel für anerkannte Träger der Kinder- und Jugendarbeit
4257/2012
 - 6.5 Förderung von Projekten zur Partizipation mit Kindern und Jugendlichen
3615/2012

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Maßnahmen gegen Jugendkriminalität

1199/2012

8.2 Einführung des offenen Ganztags an der Grundschule Mommsenstr. 5-11
zum Schuljahr 2013/2014

3793/2012

8.3 Neues Übergangssystem Schule - Beruf / Kommunale Koordinierung

4179/2012

8.4 Energetische Sanierung und Erweiterung der Kita Kalk-Mülheimer Str. 216,
Köln-Kalk
Baubeschluss

3504/2012

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Präsentation zur "Evaluation Streetwork" (zur Beschlussvorlage 1199/2012 als TOP 8.1)

Frau Köper von der Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung hält hierzu einen zwanzigminütigen Vortrag. Die Folien der entsprechenden Powerpointpräsentation liegen der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Frau Stahlhofen bedankt sich für die interessante Präsentation. Sie kommt auf die These zu sprechen, dass die Einsätze der Streetworker nicht mit den sozialen Problemen in den Stadtteilen zusammenhängen. Nun fragt sie sich, inwieweit eine Kooperation der Streetworker untereinander – am Einsatzort und am Wohnort – stattfindet.

Frau Köper verdeutlicht, dass es keinen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen stadtteiltypischen Problemlagen und Einsatzort gebe, dieser dennoch oft bestehe. Ein Austausch zwischen den Streetworkern finde regelmäßig statt, so dass eine wohnortnahe Betreuung in der Folge gewährleistet sei. Ausnahmen gäbe es dann, wenn die Jugendlichen diesen Wunsch äußerten.

Auch Frau Jahn bedankt sich für den Vortrag und spricht das Spannungsverhältnis zwischen ordnungspolitischer und sozialpädagogischer Funktion an. Sie erkundigt sich, wie dies von den Jugendlichen aufgenommen werde, und wie die lokalen Strukturen gestärkt werden sollen.

Frau Köper beruhigt dahingehend, dass die Kooperationspartner ihre Grenzen kennen. Es bliebe jeder in seiner Funktion, so mische sich beispielsweise das Ordnungsamt nicht in die Zuständigkeiten der Polizei oder eines Sozialpädagogen ein. Dies werde im Einsatz stets so kommuniziert, so dass ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden könne. Dabei stehe die pädagogische Arbeit der Streetworker immer im Vordergrund.

Eine Aufstockung von Personal zur Stärkung der lokalen Strukturen sei wünschenswert, doch aufgrund der bekannten Haushaltssituation derzeit nicht absehbar. Wichtig sei, dass die Arbeit der Streetworker überhaupt fortgesetzt werden könne.

Frau Mucuk ist auf die Aufteilung der angebotenen Jugendlichen aufmerksam geworden. Sie möchte wissen, wie sich die Überzahl von männlichen gegenüber weiblichen Jugendlichen, sowie die Mehrheit von Migrantinnen und Migranten in der Besetzung der Streetworkerstellen widerspiegeln.

Frau Köper stellt klar, dass es zwar mehr männliche als weibliche Klienten gebe, jedoch nicht mehr Migranten als deutschstämmige Jugendliche. Sie sei gegebenenfalls so verstanden worden, weil ein größerer Teil mit Migrationshintergrund *an der Befragung* teilgenommen habe. In einem Team gebe es je eine weibliche Kollegin und einen männlichen Kollegen, um situationsgerecht bzw. je nach Wunsch der angetroffenen Kinder und Jugendlichen als Gesprächspartner zur Verfügung zu stehen. Die Streetworker haben alle einen deutschen Pass, es haben jedoch durchaus einige ebenfalls Migrationshintergrund in der Familie.

Auf Nachfrage Frau Mucuks zur Struktur der betreuten Jugendlichen versichert Frau Köper, dass es eine „bunte Mischung“ aus deutschstämmigen, ausländischen und deutschen Jugendlichen mit Migrationshintergrund gebe. Dieses Mischungsverhältnis

sei in Einzelstatistiken erfasst, jedoch nicht Thema der Evaluation der Universität Bielefeld gewesen.

Herr Gilges vermisst die Darstellung von Problemlagen und entsprechenden Lösungsmöglichkeiten obdachloser Jugendlicher in dem Bericht, wie etwa Alkoholismus, Verwahrlosung oder schwieriger Familienverhältnisse.

Frau Köper betont, dass alle betreuten Jugendlichen einen festen Wohnsitz haben und sich lediglich einen großen Teil ihrer Freizeit auf öffentlichen Plätzen und Wegen aufhalten, weswegen sie Zielgruppe des Streetwork seien. Dieser Umstand bedeute nicht zwangsläufig schwerwiegende Problemlagen.

Die Arbeit der Streetworker reiche von der Hilfe bei alltäglichen Hindernissen, wie etwa dem Ausfüllen eines Hartz-IV-Antrags, bis hin zur Anbindung an eine Drogenberatungsstelle oder Suche eines Klinikplatzes. In vielen Fällen finde ein Einsatz der Streetworker zudem nicht aufgrund spezieller Schwierigkeiten der Jugendlichen statt, sondern beispielsweise, weil es vermehrt Anzeigen wegen Ruhestörung an einem Ort gebe.

Herr Bauer drückt ebenfalls seinen Dank für die informative Präsentation aus und fragt nach einer Verbindung zwischen Streetwork und Jugendzentren.

Frau Köper bedankt sich für den Hinweis, diese Information in den Bericht aufnehmen zu können. Sie erläutert, dass die Streetworker für die Jugendliche Angebote vor Ort suchen, so dass in vielen Fällen eine Anbindung an die ansässigen Jugendzentren oder Jugendpfleger erreicht werden könne.

Frau Laufenberg hält die Zahl der Befragten für statistisch nicht aussagekräftig und erkundigt sich, wie viele Jugendliche zur Teilnahme aufgefordert worden seien, und warum keine persönliche Ansprache stattgefunden habe.

Frau Köper entgegnet, dass die Jugendlichen tatsächlich persönlich auf die Befragung angesprochen worden seien. Ihnen sei dann ein Fragebogen und ein frankierter Rückumschlag ausgehändigt worden. Auf ein Ausfüllen gemeinsam mit dem Streetworker sei dabei verzichtet worden, um die Jugendlichen nicht zu beeinflussen. Frau Köper schildert hinsichtlich der scheinbar geringen Anzahl, dass nicht alle Jugendlichen, die seit 2008 in Betreuung gewesen seien, befragt werden konnten, da viele von Ihnen inzwischen nicht mehr von den Streetworkern begleitet werden. Dies sei jedoch ein Indiz dafür, dass die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen von Erfolg gezeichnet sei. Die Einschätzung der 59 antwortenden Jugendlichen stelle damit eine Momentaufnahme dar.

Frau Laufenberg folgert daraus, dass die Darstellung der Erfolge in Daten und Zahlen ebenso interessant gewesen sei.

Die Verwaltung teilt dazu mit, dass für eine solch umfassende Erhebung keine Gelder zur Verfügung gestanden haben, da die Kosten für die Evaluation aus Eigenmitteln getragen werden mussten.

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden für diese Sitzung Herr Frank Schneider, Frau Monika Bröhl und Frau Sylvia Laufenberg benannt.

1.2 Genehmigung der Niederschrift über die letzte Sitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde dieser Tagesordnungspunkt unter Erläuterung der rechtlichen Hintergründe von der Tagesordnung genommen.

1.3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.4 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Tag der Jugend im Rathaus 2012 zu 3555/2012 (Resultierend aus einer Frage des Caritasverbandes i.R.d. TOP 3.8 in der Sitzung 06.11.2012.)

4242/2012

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

2.2 Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.11.2012; TOP 7.1; hier: Zweckgebundene Spende für den Spielplatz im Forstbotanischen Garten (Resultierend aus einer Frage der CDU-Fraktion.)

4438/2012

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**2.3 Förderung von freien Trägern der Jugendhilfe
hier: TOP 9.3 der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.11.2012
mündliche Anfrage von Frau Stahlhofen
(Resultierend aus einer Frage der Fraktion Die Linke..)**

4296/2012

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Pannes zeigt sich enttäuscht von der Beantwortung: er sehe es als Armutszeugnis, dass die Verwaltung keine konkretere Einschätzung geben könne. Man müsse sich als kommunaler Träger bewusst darüber sein, welche qualitativen Einbußen Verwaltungshandeln mit sich bringe.

Herr Bergmann stellt den möglicherweise irreführenden Passus der Beantwortung: „Eine Erhöhung der Zuschüsse zur Finanzierung von Tarifkostensteigerungen hat es seit 2010 nicht mehr gegeben“ klar. So habe es nur einmalig in 2008/2009 eine Kostenanpassung gegeben, auch vorher sei dies nicht regelmäßig der Fall gewesen.

Anmerkung: Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Beantwortung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 2 bei.

**2.4 Anfrage von Herrn Dr. Schlieben in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.11.2012 zur finanziellen und personellen Situation im Spielplatzbereich
(Resultierend aus einer Frage der CDU-Fraktion i.R.d. TOP 9.1 in der Sitzung 06.11.2012)**

4431/2012

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Stellungnahme liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 3 bei.

3 Mitteilungen

3.1 Weiterentwicklung des Integrierten Handlungsprogramms Kalk Nord 2012+ der Montag Stiftung Urbane Räume gAG

3724/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.2 Kooperationsprojekt zwischen dem Amt für Kinder, Jugend und Familie (Be-zirksjugendpflege Nippes) und dem Sportamt (Netzwerk Sport und Bewegung Nippes/ Sport in Metropolen) im dritten Jahr erfolgreich im Nippeser Tälchen

4123/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.3 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen: Aktueller Stand zur Entwicklung „Regionaler Unterstützungszentren“

4167/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.4 Bestellung eines neuen stimmberechtigten Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses und dessen Vertretung

4239/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.5 Bestellung eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses

4243/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.6 Bestellung eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses

4246/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.7 Übertragung einer Kita-Trägerschaft (VEP-Plangebiet "Östlich Vinzenzallee in Köln-Lövenich")

4168/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn fragt an, ob die Tatsache, dass ein Träger zusage, den sogenannten „10%-Korridor“ auszunutzen, künftig als neues Bewertungskriterium bei der Auswahl der Kita-Träger angesetzt werde.

Frau Beigeordnete Dr. Klein macht deutlich, dass es sich nicht um ein Bewertungskriterium, sondern vielmehr um eine Bewertungs-*Grundbedingung* handele, die die Verwaltung künftig mit *jedem* neuen Träger abschließen wolle. Der Personalrat der städtischen Kitas trage diese Vorgehensweise mit. Es komme den Bürgerinnen und Bürgern entgegen, dass die Förderung der Kita-Plätze soweit ausgeschöpft werde, wie gesetzlich möglich sei.

Frau Volland-Dörmann kann den Druck der Verwaltung zur Schaffung von Kita-Plätzen nachvollziehen, stellt jedoch in Frage, dass die Ausschöpfung des Korridors ein probates Mittel darstelle. Die Verwaltung sei aus dem „AK 80“ herausgegangen mit dem Prüfauftrag, inwiefern ein Platzausbau oberhalb des genannten Korridors möglich sei. Problematisch finde sie an dieser Stelle, dass die Möglichkeit, einen zehnpromzentigen Spielraum bei der Betreuungsquote auszunutzen, nun als Grundbedingung ausgelegt werde. Sie freue sich, wenn die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit den Trägern den bisher guten Weg weiter beschreite.

3.8 Durchführung der Heilpädagogischen Förderung von Schulkindern im interdisziplinärem Rahmen

4186/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.9 Aktueller Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes zum III. Quartal 2012

4143/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Stahlhofen schickt voraus, dass der Schulbedarf im SGB II weiterhin nicht ausgewiesen sei. Es gehe ihr nicht um die Höhe der Beihilfen, sondern vielmehr um die Anzahl der Menschen, die diesbezügliche Leistungen in Anspruch nehmen.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung dessen zu.

Frau Volland-Dörmann erklärt, dass die Wohlfahrtsverbände vor dem Hintergrund des Endes dieses Bundesprogramms per 31.12.2013 eine Stellungnahme verfasst habe, um eine „Entbürokratisierung“ zu erreichen. Wegen der bevorstehenden Bundestagswahl müsse politisch agiert werden, damit der Bund entsprechende Finanzmittel bereitstelle und das Paket „entadministrierte“, um Länder und Kommunen zu entlasten.

Herr Dr. Heinen fügt hinzu, dass es diesbezüglich eine Resolution im Rat geben werde.

Frau Jahn unterstützt dieses Vorhaben.

3.10 Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung "Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen" (2012 - 2015) gem. § 3 Abs. 4 KKG – Bundeskinderschutzgesetz (BKisSchG) in Nordrhein- Westfalen

4267/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein heißt es gut, dass nunmehr Bundesmittel bereitgestellt werden. Dadurch können kommunale Mittel umgeschichtet werden, die bislang freiwillig aus dem KiWi-Budget bereitgestellt worden seien. Dies bedeute de facto eine Entlastung des Kommunalhaushaltes in Höhe von 150.000 Euro, was so auch Bestandteil der Konsolidierungsvorschläge des Dezernates sei.

Frau Jahn interessiert sich, mit wie vielen Familienhebammen gerechnet werde, und wo diese angesiedelt werden sollen.

Herr Völlmecke (Jugendamt) hält fest, dass es Gespräche hinsichtlich der Konzeptionierung in der Steuerungsgruppe gegeben habe, wonach eine Priorisierung von 5 Stadtteilen vorgesehen sei, in denen die Gesundheitshilfe einen erhöhten Bedarf sehe. Die Verwaltung werde darauf abgestimmt einen entsprechenden Verteilungsvorschlag unterbreiten. Zudem betont er, dass die Gelder für das Jahr 2012 nun bereitstehen.

3.11 Erziehungshilfeangebote - Martin Luther Haus und Axenfeldhaus in Köln Porz

4237/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.12 Kulturelle Bildung in Köln

3117/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen würdigt diese Nachricht als sehr positiv und spricht die Verleihung eines Preises an.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert diesbezüglich, dass das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen das kulturelle Bildungskonzept der Stadt Köln mit einem mit 30.000 Euro dotierten Preis ausgezeichnet habe, welcher durch die Leiterin des Amtes für Schulentwicklung, Frau Heuer, entgegengenommen worden sei.

Dies bedeute neben der Anerkennung auch ein Preisgeld, das wiederum zweckgerecht für die kulturelle Bildung in Köln eingesetzt werden könne.

3.13 Bildungslandschaft Altstadt Nord, Sachstandsbericht

4190/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Pannes äußert seine Besorgnis darüber, dass das beschriebene Projekt trotz der schwierigen Haushaltslage unbeirrt fortgesetzt werde, obwohl die Zielsetzung nicht mehr der aktuellen Problemstruktur entspreche.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bemerkt, dass sich in Herrn Pannes Äußerung die Forderung nach einer Gesamtschule widerspiegele. Es werde an diesem Standort mit den dort vorhandenen, stabilen Schulformen gearbeitet, was laut der kürzlich durchgeführten Elternbefragung den Wünschen der Eltern entspreche.

3.14 Rücktritt eines sachkundigen Einwohners aus dem Jugendhilfeausschuss

4485/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 4 bei.

3.15 Investive U3 Förderung im Jahr 2012 - aktueller Sachstand

4415/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen fügt dieser Mitteilung hinzu, dass er über die Aufstockung der finanziellen Mittel von 4 Millionen Euro auf 4,6 Millionen Euro sehr erfreut sei.

Anmerkung: Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 5 bei.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge sind nicht vorhanden.

4.2 Neue Anträge

Neue Anträge wurden im Vorfeld der Sitzung nicht gestellt.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

Frühere Anfragen liegen nicht zur Beantwortung vor.

5.2 Neue Anfragen

Neue Anfragen wurden im Vorfeld der Sitzung nicht eingereicht.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Erdmännchen e.V."

3568/2012

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Erdmännchen e.V.“, Sitz: Mauener Str. 121, 50733 Köln, gemäß § 75 Abs. 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Väter in Köln e.V."

3828/2012

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Väter in Köln e.V.“, Sandweg 114, 50827 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75, Absatz 1 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.3 "Zuschuss Familienhaus Buchforst - Sommerberg" und "Zuschuss Familien- und Nachbarschaftstreff - Ossendorfpark"

3668/2012

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss -Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt, für das Haushaltsjahr 2012 eine Summe in Höhe von 109.250,00 Euro für das Familienhaus Buchforst des Trägers „Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH“ und eine Summe in Höhe von insgesamt 104.687,00 Euro für den Familien- und Nachbarschaftstreff Ossendorfpark des Trägers „Sozialdienst Katholischer Männer Köln e.V.“ im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, zu gewähren.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0606, Hilfen für junge Menschen und ihre Familien, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die AWO Köln und der Caritasverband Köln haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen.

6.4 Einmalige Liquiditätsmittel für anerkannte Träger der Kinder- und Jugendarbeit

4257/2012

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt, die im Haushaltsjahr 2012 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel – einmale Liquiditätshilfen für anerkannte Träger der Kinder- und Jugendarbeit - wie in der Anlage 1 dargestellt, zu gewähren.

Die einmaligen Liquiditätsmittel in Höhe von 230.000 Euro stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Anmerkung: Die Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung von AWO Köln, SkF Köln und SJD Die Falken einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Der Caritasverband Köln hat weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen.

6.5 Förderung von Projekten zur Partizipation mit Kindern und Jugendlichen 3615/2012

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die in der Anlage aufgeführten Partizipationsprojekte in 2012 zu fördern.

Entsprechende Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2012 im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Anmerkung: Die Anlage liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

Es werden keine Empfehlungen an andere Ausschüsse oder Bezirksvertretungen ausgesprochen.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Maßnahmen gegen Jugendkriminalität

1199/2012

Frau Laufenberg teilt mit, dass die zu beschließenden Maßnahmen inhaltlich bekannt seien, trotzdem jedoch Fragen bestünden. So werde zum Einen mit unterschiedlichen Summen gefördert: für eine der Verwaltung angegliederten Streetworkerstelle werden 54.500 Euro veranschlagt, während die Träger eine Förderung von 51.300 Euro, 57.200 Euro beziehungsweise 60.550 Euro je Stelle erhalten sollen. Sie bittet daher um Erklärung der für sie aufgrund der vorliegenden Unterlagen nicht nachvollziehbaren Differenzen.

Zum Anderen wundert sie sich, dass an die freien Jugendhilfeträger gerichtete Zuschüsse – die in der Regel die Kosten nicht vollkommen abdecken - teilweise höher ausfallen, als Gesamtkosten für eine entsprechende Stellenbesetzung beim Amt für Kinder, Jugend und Familie sowie dem Gesundheitsamt angesetzt seien.

- Aufnehmendes Suchtclearing
 Hierfür werden beim Gesundheitsamt 1 Stelle Dipl. Soz. Arb.,
 Vgr. S11 zur Verfügung gestellt. 54.500 Euro
 Teilergebnisplan 0701, Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 11
 (Personalaufwendungen)
 Sachkostenpauschale Aufnehmendes Suchtclearing 12.800 Euro
 2 Stellen werden für die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen
 bei der Drogenhilfe Köln gGmbH und dem Sozialdienst Katholischer
 Männer e.V. gefördert. 121.100 Euro
 Teilergebnisplan 0701, Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15
 (Transferaufwendungen)
 - Darüber hinaus erhält die Brücke e.V. Zuschussmittel für eine
 weitere Stelle. 51.300 Euro
 Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15
 (Transferaufwendungen)
 - Mitternachtssport
 Für gewaltpräventive Sportangebote erhält der Stadtsportbund e.V.
 und die Sportjugend Köln Projektmittel in Höhe von 79.200 Euro
 Teilergebnisplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten,
 Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen)
- Gesamt: 729.800 Euro**

Die Finanzierung der vorgenannten Maßnahmen erfolgt bezüglich der notwendigen Zuschuss- und Projektmittel aus bereits zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln der Teilergebnispläne 0604, Kinder- und Jugendarbeit, 0701, Gesundheitsdienste und 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten. Die mittelfristige Finanzplanung im Rahmen des Hpl-Entwurfs 2012 sieht für die Jahre 2013-2015 entsprechende Ansätze bereits vor. Die zur Umsetzung erforderlichen Stellen werden jährlich im Zuge des Stellenplans berücksichtigt.

Die Finanzierung der Schulsozialarbeit ist bis zum 31.12.2013 über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) sichergestellt. Eine Beschlussfassung über die Weiterverlängerung der Schulsozialarbeit wird nach Auslaufen der Refinanzierung über eine gesonderte Vorlage zum Haushaltsjahr 2014 getroffen. Daher wird aktuell ausschließlich eine Befristungsverlängerung der vier Stellen Schulsozialarbeit bis zum 31.12.2013 (Ende der Refinanzierung) beantragt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die AWO Köln, der Caritasverband Köln und die Sportjugend Köln haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen.

8.2 Einführung des offenen Ganztags an der Grundschule Mommsenstr. 5-11 zum Schuljahr 2013/2014

3793/2012

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Einführung des offenen Ganztags (§ 9 Abs. 3 SchulG) an der gem. Beschluss vom 28.06.2012 neu zu errichtenden Grundschule am Standort Mommsenstr. 5-11, 50935 Köln-Sülz, zum Schuljahr 2013/2014, mit der Maßgabe, dass die Landesmittel zur Förderung der außerunterrichtlichen Angebote bereit gestellt werden und die Schulkonferenz sich für den offenen Ganztags ausspricht.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an den Träger, vorbehaltlich der Gewährung von Landeszuschüssen, im Rahmen des am 28.06.2012 beschlossenen gesamtstädtischen Kontingents von 24.000 Plätzen bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.3 Neues Übergangssystem Schule - Beruf / Kommunale Koordinierung

4179/2012

Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen gibt das Wort an Frau Beigeordnete Dr. Klein ab, da aufgrund Rückfragen und Diskussionen im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales Klärungsbedarf hinsichtlich der Stellenneutralität im Bereich der geplanten „Kommunalen Koordinierungsstelle“ bestehe.

Frau Beigeordnete Dr. Klein gibt zu Protokoll, dass das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) sich bei Einrichtung einer „Kommunalen Koordinierungsstelle Übergang Schule – Beruf“ mit bis zu 50 % an den entstehenden Personalkosten beteilige und darüber hinaus Pauschalmittel für die anfallenden Sach- bzw. Arbeitsplatzkosten zur Verfügung stelle.

Diese Förderung erfolge auf Basis von maximal insgesamt 4 Stellen, von denen 2 aus Landes- und 2 aus kommunalen Mitteln finanziert werden.

Der städtische Eigenanteil solle nicht durch zusätzliche, sondern vielmehr durch vorhandene Stellen erbracht werden. Dies könne sichergestellt werden durch die Übertragung von 1,72 Verwaltungsstellen sowie 0,5 Stellen sozialpädagogische Fachkraft, die derzeit alle im „Büro Übergangsmanagement“ angesiedelt seien. Diese Personalkosten werden künftig in die Gesamtberechnung der 4 Stellen (2,22 vorhandene und 1,78 neu einzurichtende) und somit in die 50%ige Förderung des MAIS einfließen.

Es handele sich damit bei Erbringung des städtischen Eigenanteils um eine kostenneutrale Übertragung von Stellen, da mit Einrichtung der „Kommunalen Koordinierungsstelle“ das bisherige „Büro Übergangsmanagement“ aufgegeben werde. Die Einrichtung zusätzlicher Stellen beziehe sich lediglich auf die beiden mit Landesmitteln finanzierten Stellen, die bis 2018 auf Antrag beim Land befristet bewilligt werden können (Seite 4 der Vorlage).

Darüber hinaus werden die Sach- und Arbeitsplatzkosten pauschal mit jeweils 15.600 Euro gefördert, dies für alle 4 Stellen. Hier entstehe insofern eine Entlastung des städtischen Haushaltes, der bislang diese Kosten für die im „Büro Übergangsmanagement“ angebundene Stellen selbst getragen habe.

Über den weiteren Fortgang werde zu gegebenem Anlass berichtet. Im Blick zu behalten sei dabei, dass die geplante Koordinierungsstelle ausschließlich für die Abstimmung der Abläufe und Verzahnung einzelner Handlungsschritte aufgestellt werde. Die Kooperationspartner, wie etwa Bezirksregierung, Bundesagentur für Arbeit und Stadt Köln seien während dessen unverändert in ihren originären Tätigkeitsfeldern zuständig. Es komme nun viel Arbeit auf Koordinierungsstelle und die einzelnen Institutionen zu, da künftig jede Schülerin und jeder Schüler ab Jahrgangsstufe 8 eine Berufsberatung erhalten soll, wobei pro Jahrgangsstufe mit rund 7.000 Schülerinnen und Schülern zu rechnen sei.

Beschluss:

Der Rat beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung durch das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) die Einrichtung einer „Kommunalen Koordinierungsstelle Übergang Schule – Beruf“ beim Regionalen Bildungsbüro des Amtes für Schulentwicklung und beauftragt die Verwaltung mit der organisatorischen Umsetzung und der Beantragung der hierfür vom Land bereit gestellten Mittel.

Der Rat beschließt darüber hinaus die Stellenausstattung der Kommunalen Koordinierungsstelle im Umfang von

1,00 Stelle Verwaltungsangestellte/r für die Leitung,

2,00 Stellen Verwaltungsangestellte/r für das Übergangsmanagement,

1,00 Stellen Verwaltungsangestellte/r für die Mitarbeit.

Die Einbringung des kommunalen Eigenanteiles erfolgt aus veranschlagten Mitteln des Teilergebnisplanes 0301 Schulträgermaßnahmen und des Teilergebnisplanes 0604 Kinder- und Jugendarbeit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.4 Energetische Sanierung und Erweiterung der Kita Kalk-Mülheimer Str.
216, Köln-Kalk
Baubeschluss**

3504/2012

Frau Jahn gibt an, aufgrund mangelnder Vorlaufzeit nicht die Gelegenheit gehabt zu haben, die Inhalte der Vorlage auszuwerten und mit ihrer Fraktion zu erörtern. Aus diesem Grund schlägt sie vor, die Vorlage ohne Votum in die noch folgenden Gremien zu verweisen.

Anmerkung: Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Beschlussvorlage liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 7 bei.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

9 Anfragen

Frau Stahlhofen reicht eine Frage der Fraktion Die Linke. zur Vorlage 4296/2012, besprochen in der aktuellen Sitzung unter TOP 2.3, ein. Die Rückfrage bezieht sich auf die Textpassage „Die Auswirkung des Einfrierens von Fördermitteln im Einzelfall kann nicht bewertet werden“.

Es werden folgende Punkte abgefragt:

1. Inwieweit kann die Verwaltung die Wirkung von Steigerungen oder Senkungen von Förderungen einschätzen, wenn sie die Auswirkungen von eingefrorenen Fördersummen im Einzelfall nicht bewerten kann?
2. Auf welche Weise kann der Informationsfluss zwischen Jugendhilfeträgern und den zuständigen Ämtern verbessert werden?
3. Aufgrund welcher Kriterien und Informationen konnte die Verwaltung feststellen, dass es die im Haushaltsplanentwurf 2012 beschriebenen Unterfinanzierungen gibt?
4. Wie hoch wären eine für die betroffenen Bereiche auskömmliche Finanzierung und das Antragsvolumen, das nicht vollständig bewilligt werden konnte?
5. Ist in den betroffenen Bereichen eine weitere Stagnation, eine Steigerung oder eine Kürzung geplant? Wie hoch fielen diese jeweils in absoluten Zahlen, beziehungsweise im prozentualen Verhältnis zur bisherigen Förderung aus?

Anmerkung: Die Anfrage der Fraktion Die Linke. liegt der Niederschrift als Anlage 8 bei.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez. Petra Lohmann (Schriftführerin)